schwerer, die es gegen die Interessen der Arbeiterschaft in die Wagschale werfen.

Die Arbeiterklasse kann ihre geschichtliche Aufgabe der Befreiung von den Fesseln der Ausbeutung und der Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft nur erfüllen, wenn sie einig und geschlossen ist. Die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei jedoch heißt Fortsetzung der Zersplitterung der Arbeiterschaft, Schwächung ihres Einflusses, von Preisgabe der Aufgabe die ihr gesetzt ist.

Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse bedeutet Bruch mit den Reformisten und ihrer Verratspolitik, Bruch mit der Hohenzollernschande genau so wie mit der Arbeitsgemeinschaft und Koalition, die zum Vertrag mit Wilhelm und zu den Schiedssprüchen geführt haben, von denen Hamburg ein letztes Beispiel war.

Darum müssen alle Arbeiter, denen sich jetzt die sozialdemokratischen Werber aufdrängen, nur die eine Antwort dem neuen Reklamebetrug des sozialdemokratischen Parteivorstandes geben: heraus aus der Sozialdemokratie und Einigung des Proletariats unter der Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, der Kommunistischen Partei.

Sozialdemokraten und Bürgerliche Arm in Arm für die Fürsten

Berlin, 19. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Im Rechtsausschuß des Reichstags forderte Genosse Stöcker gestern, daß als erster Tagesordnungspunkt der kommunistische Antrag zu dem Hohenzollernskandal behandelt werden sollte, der Annullierung des Hohenzollernvertrags, entschädigungslose Enteignung aller Fürstenhäuser und restlose Ausweisung des Fürstengesindels verlangt. Von kommunistischer Seite wurde insbesondere betont, daß der preußische Staat die Auseinandersetzungen mit den thüringer und mecklenburger Landesvätern wieder aufrollt. Der Vorsitzende des Ausschusses, Prof. Kahl, erklärte die Fürstenfrage für den Reichstag für erledigt. Der Sozialdemokrat Rosenfeld sprach sich gegen eine sofortige Beratung der Fürstenfrage aus. Bei der Abstimmung stimmten die SPD-Vertreter gemeinsam mit den Bürgerlichen den kommunistischen Antrag nieder.

Bedauerlich und schwächlich

SPD-Kritik an der Preußentaktik der SPD.

Während die meisten sozialdemokratischen Zeitungen ängstlich vor einer Kritik an der Taktik der SPD in der Frage des Hohenzollern-Gesetzes zurückweichen, findet die sozialdemokratische „Volkszeitung" in Plauen wenigstens ein paar kräftigere Worte der Verurteilung, so sehr diese „Kritik" auch noch hinter der notwendigen Schärfe zurückbleibt. Die Plauener „Volkszeitung" schreibt:

„Der entschiedene Kampf, den die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den letzten Monaten für die Enteignung der Fürsten geführt hat, verpflichtet die Sozialdemokraten im Preußischen Landtag, sich mit allen parlamentarischen Mitteln gegen das Zustandekommen eines Abfindungsgesetzes zur Wehr zu setzen, das nur fälschlicherweise mit der Bezeichnung „Vergleich" belegt ist. In Wirklichkeit enthält der Vertrag nichts anderes als das weiteste Entgegenkommen an die Hohenzollern, was ja durch diese freudige Zustimmung selbst der Deutschnationalen noch besonders offenkundig wird. In einigen Punkten geht er sogar noch über den Kompromißentwurf hinaus, den vor einigen Monaten die reaktionäre Luther-Regierung dem Reichstag vorgelegt hat. Es ist nicht allein die unglaubliche Bestimmung, die dem ausgerissenen Wilhelm und seiner Frau das Schloß Homburg auf deren Aufforderung hin bis an ihr Lebensende zu Wohnzwecken zur Benutzung überlassen will, es ist der brutale, antisoziale, reaktionäre und monarchistische Geist des Vertrages, der den schärfsten Kampf aller Republikaner, erst recht aber aller Sozialdemokraten herausfordert ... Wir meinen den Kampf der Opposition mit allen parlamentarischen Mitteln, dessen Ziel die evtl. Auflösung des Parlaments sein muß. Dieser Kampf stand nach dem gewaltigen moralischen Erfolg des Volksentscheids für die Sozialdemokratie keineswegs ungünstig ... Die Mehrheit der Sozialdemokratie im Preußischen Landtag ist diesem Kampf ausgewichen. Sie hat sich zu der bedauerlichen und schwächlichen Taktik entschlossen, der Erledigung des Vertrages keinen Widerstand entgegenzusetzen. Weil die Mehrheit des Preußenparlaments den Abschluß eines Vergleichs will. Das ist eine Begründung, die einer ernsteren Prüfung nicht standhält.

Für die sozialdemokratischen Vertreter in einem Parlament darf nie maßgebend sein, was die Mehrheit kapitalistischer Vertreter will und was sie fordert, sondern stets nur, was im Interesse des Proletariats zu tun notwendig ist. Diese Passivität der sozialdemokratischen Preußenfraktion in der Fürstenfrage ist geeignet, die Gesamtpartei schwer zu schädigen. Wir wissen nicht, ob der Parteivorstand von seinem Recht Gebrauch gemacht hat, bei der preußischen Landtagsfraktion Vorstellungen ob dieser Taktik zu erheben. In anderen Fällen hat er es getan. Aber wir wissen, daß in der Preußenfraktion der Sozialdemokratie überhaupt Kräfte am Werk sind, die im Interesse der Bewegung ausgeschaltet werden müßten. Wir erinnern nur daran, daß ein ursprünglicher Beschluß der Fraktion den Genossen Leinert, der durch seine Hannoveraner Affäre sich so gekennzeichnet hat, daß er eigentlich nicht an dieser Stelle stehen dürfte, zum Nachfolger des Genossen Severing machen wollte. Diese Katastrophe ist zum Glück verhindert worden, und Leinert mußte sich begnügen, nur in den Fraktionsvorstand einzuziehen. Immerhin scheint uns dieser Vorgang doch zu belegen, daß für die Mehrheit der Preußenfraktion bei ihrer Stellungnahme zu politischen Fragen nicht immer die Gesichtspunkte und die großen Ziele der sozialdemokratischen Politik richtunggebend sind."

Die sozialdemokratischen Arbeiter denken über die Haltung ihrer preußischen Landtagsfraktion noch weitaus schärfer, was bei der Verweigerung der Arbeit zur sozialdemokratischen Werbewoche und in dem Zerreißen der sozialdemokratischen Mitgliedsbücher deutlich zum Ausdruck kommt.

Unsere Kandidaten in Westsachsen

Eine kommunistische Bezirksparteikonferenz für den Bezirk Westsachsen hat mit 59 gegen 30 Stimmen folgende Landtagskandidaten aufgestellt: 1. **Wöttcher**, Paul, Schriftsetzer, Leipzig; 2. **Lieberasch**, Artur, Werkzeugmacher, Leipzig; 3. **Wiener**, Oswald, Metallarbeiter, Riesa; 4. **Nagel**, Artur, Maler, Leipzig; 5. **Vogelsang**, Döbeln; 6. **Gasch**, Otto, Grimma; 7. **Hartig**, Rudolf, Lehrer, Leipzig; 8. **Dähler**, Paul, Probstheuben; 9. **Palchke**, Paul, Borna; 10. **Pflock**, Robert, Metallarbeiter, Leipzig.

Die Farce der Untersuchungsausschüsse

Vom Reichsjustizministerium desavouiert.

Der faschistische Zeuge Hauptmann Roehm trat vor dem Feme-Ausschuß des Reichstages in München mit provozierender Frechheit auf und weigerte sich, dem Abgeordneten Levi, Hauptberichterstatter des Ausschusses, auf Fragen zu antworten. Der Ausschuß beschloß daraufhin, gegen den Zeugen Roehm eine Ordnungsstrafe von 300 Mark zu verhängen. Wirklich: eine lächerlich geringe Strafe für einen engen Verbündeten der bayrischen Fememörder! Schon diese Strafe zeigte die Schwäche des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der — abgesehen davon — auch sonst bei jeder Gelegenheit sich damit begnügen mußte, daß die direkten und indirekten Helfer der bayerischen Fememörder bei allen entscheidenden Fragen von „Gedächtnisschwäche" befallen wurden.

Der Abgeordnete der bayerischen Volkspartei, Troßmann, der Parteifreund des Herrn Escherich, wandte sich an das Reichsjustizministerium und forderte von diesem ein Gutachten, ob der Reichstags-Untersuchungs-Ausschuß berechtigt sei, gegen Roehm eine solche Ordnungsstrafe von 300 Mark zu verhängen. Das Reichsjustizministerium, unter der geistigen Oberleitung des berüchtigten Reaktionärs Staatssekretär Joel, erklärte in seinem Gutachten, es verneine das Recht vom parlamentarischen Untersuchungsausschuß, Strafen gegen widerspenstige Zeugen zu verhängen. Die Untersuchungsausschüsse hätten nur diejenigen Rechte, die sich aus der Strafprozeßordnung ergeben, nicht aber diejenigen, die sich auf das Gerichtsverfassungsgesetz gründen.

Welch jämmerliche Rolle erhalten die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse durch dieses klassenbewußte Reichsjustizministerium „zugebilligt"! Die Roehm und Epp und alle engsten Freunde der Fememörder werden die Abgeordneten, die Mitglieder der Untersuchungsausschüsse sind, mit noch größerer Dreistigkeit verlachen können — wehrlos und hilflos wird der Ausschuß es sich gefallen lassen müssen!

Positiv wird bei diesen Untersuchungsausschüssen als Tätigkeitsergebnis doch nichts anderes herauskommen, als ein paar Dutzend dicke Akten und Protokollbände. Das zeigt schon ihre bisherige Praxis mehr als deutlich. Die „Demokratie" in dieser sogenannten demokratischen Republik zeigt ihr wirkliches Gesicht.

Die Stuttgarter Polizei immer noch gegen Potemkin

Der demokratische Innenminister Külz hat gegen die Aufrechterhaltung des Verbots des Potemkinfilms in Bayern trotz seiner erneuten Freigabe einen Landesjammer Protest an die bayrische Regierung losgelassen, von dessen Erfolg man bis heute nicht gehört hat. Jedenfalls hat der Schreibebrief des Demokraten Külz an Bayern den Stuttgarter Polizeipräsidenten so wenig geschreckt, daß er in gleicher Weise wie Bayern sich unverfroren über die Gesetze hinwegsetzt und den Potemkinfilm für Stuttgart verbietet.

Die Sympathien der Werktätigen bei den Kommunisten

Berlin, 19. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der kommunistischen Landtagsfraktion gehen wegen ihres Obstruktionskampfes gegen die schmachvolle Hohenzollernvorlage täglich Briefe zu, in denen ihr die Zustimmung und die Sympathie von den Organisationen der Arbeiter, der kleinen Sparer, der Inflationsgeschädigten erklärt wird. Auch Briefe von Kleinbauern und vertriebenen Auslandsdeutschen treffen ein, in denen die kommunistischen Abgeordneten zu ihrer tapferen Haltung beglückwünscht werden. — Auch die kommunistische Fraktion des polnischen Sejms schickte ein brüderlicher Solidaritätstelegramm.

Die Antwort der russischen Bergarbeiter auf die schändlichen Forderungen Hodges

Moskau, 17. Oktober. Das Zentralkomitee des Bergarbeiterverbandes der Sowjetunion hat an die Internationale Bergarbeiterföderation, auf den Namen Hodges, ein Schreiben abgesandt, in dem nachstehende Resolution des Zentralkomitees angeführt wurde:

„Infolge der offenkundig schmachvollen Forderungen, die die Internationale Bergarbeiterföderation unserem Verbande gestellt hat, sowie infolge des offenkundig feindseligen Verhaltens der Mehrheit der Exekutive der Internationalen Bergarbeiterföderation unserem Verbande gegenüber beschließt das Zentralkomitee des Bergarbeiterverbandes der Sowjetunion, jegliche Unterhandlungen mit der jetzigen Exekutive der Internationalen Bergarbeiterföderation abzubrechen, alle Bergarbeiter und alle Mitglieder der der Bergarbeiterinternationale angeschlossenen Verbände über das streikbrecherische Verhalten der Mehrheit der jetzigen Exekutive der Internationalen Bergarbeiterföderation während des englischen Bergarbeiterstreiks aufzuklären. Die Exekutive der Internationalen Bergarbeiterföderation und die Bergarbeiter aller Länder, insbesondere die englischen Bergarbeiter, sind von dieser Resolution in Kenntnis zu setzen."

Verstärkung der Unterstützungsaktion für die Engländer

Moskau, 17. Oktober. Der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion ruft die Gewerkschaftsorganisationen der Sowjetunion auf, die Unterstützungsaktion für die englischen Bergarbeiter zu verstärken. Im Aufruf wird darauf hingewiesen, daß für die streikenden Bergarbeiter in England seit dem Streikbeginn bis zum 28. September insgesamt nur 1 261 326 Pfund gespendet wurden; davon gelangten zur Verteilung 1 257 326 Pfund, was für jeden Streikenden 32 Schilling ausmacht. Von der Gesamtsumme von 1 261 326 Pfund betrugen die Zuwendungen der Arbeiter der Sowjetunion 832 000 Pfund, d. h. 66 Prozent.

Die Kohlennot in Frankreich

Wirkungen des englischen Streiks.

Paris, 19. Oktober. (Telunion.) Der Minister für öffentliche Arbeiten hat im Hinblick auf die in Frankreich bestehende Kohlennot angeordnet, daß in französischen Häfen keine ausländischen Schiffe mehr mit Kohlen versorgt werden dürfen.

Eine Schlacht vor Schanghai

Siegreicher Vorstoß der Kantonarmee.

London, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nach amerikanischen Meldungen sind ungefähr 40 000 Mann Kantontruppen vor Schanghai versammelt und marschieren zur Schlacht auf, in der der Besitz von Schanghai entschieden werden soll. In Schanghai treffen andauernd Flüchtlingszüge ein. Fünftausend Mann mit Artillerie sind von Nanking nach Schanghai zur Verteidigung der Stadt transportiert worden. — In Schanghai selbst soll, wie die „Times" berichten, eine Studentenrevolte bevorstehen. Der Kommandeur Sun droht, die Studenten im Falle von Unruhen sofort erschießen zu lassen.

Auslandswochenschau

Lord d'Abernons Abschied. — Die Englandfahrt der deutschen Industriellen. — Pan-Europa. — Der deutsch-tschechische Ausgleich. — Die Siege der Kanton-Armee.

AcR. Lord d'Abernon hat seinen Posten als britischer Botschafter in Berlin aufgegeben. Das ist ein Ereignis, das die Bedeutung eines gewöhnlichen Diplomatenwechsels weit übertritt, denn d'Abernon ist 6 Jahre lang der einflußreichste Mann der deutschen Außenpolitik gewesen. Die englische Orientierung des Berliner Auswärtigen Amtes war wesentlich an ihn geknüpft. Lord d'Abernon hat in Berlin 6 Jahre lang die Methoden angewandt, die er in früheren Jahren in der Türkei und in Aegypten kennen gelernt hatte. Er verstand es, die deutsche „Kolonie" richtig zu behandeln. Deutschland sollte der Puffer des englischen Einflusses werden. Im Westen gegen Frankreich, im Osten gegen Rußland. Man hat d'Abernon als besonderen Freund Deutschlands hingestellt. Ebert hat ihm unbedingt vertraut und Stresemann desgleichen. Aber in Wirklichkeit war d'Abernon niemals etwas anderes als ein rücksichtsloser und konsequenter Vertreter des englischen Kapitalismus. Lord d'Abernon hat entscheidend dazu beigetragen, Deutschland in den Ruhrkrieg zu hetzen. Danach bemühte er sich in erster Linie, Deutschland in den Völkerbund zu bringen, um so Deutschland in die antirussische Front einzufügen. Stresemanns Reisen nach Locarno und Genf wurden durch den englischen Botschafter vorbereitet. Mit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund hält Lord d'Abernon seine Aufgabe für abgeschlossen und er geht fort, begleitet von den Lobsprüchen Hindenburgs und Stresemanns und von geradezu speichelleckerischen Artikeln der SPD-Presse. Vielleicht hat sich aber d'Abernon gerade den richtigen Moment zum Rücktritt gewählt. Denn Deutschland ist zwar heute im Völkerbund, aber zur selben Zeit hat die deutsch-französische Annäherung solche Fortschritte gemacht, daß dadurch die englische Vorherrschaft in Berlin stark gefährdet ist. Es war Lord d'Abernons letzte Tat, daß er ein Gegenstück zu der Verständigung der deutschen und der französischen Eisenindustrie schaffen wollte. Er inszenierte zusammen mit Stresemann die Reise der deutschen Wirtschaftsführer nach England. Die Zusammenkunft von Romsey sollte den Eindruck von Thoiry verwischen. Aber das Ergebnis von Romsey ist überaus mager. Zu gering sind die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der deutschen und englischen Bourgeoisie. Auf dem Gebiet der Kohle, wo solche Verständigungsprojekte am ehesten einleuchten könnten, herrscht erbitterter Konkurrenzkampf. In der Farbenindustrie sieht es nicht anders aus. Und die mitteleuropäische Eisenverständigung hat bewußt die Engländer ausgeschaltet. Solche Tatsachen lassen sich mit Tischreden nicht aus der Welt schaffen. Trotzdem will ein wichtiger Teil der deutschen Bourgeoisie die Verbindung mit England nicht aufgeben. Man glaubt, daß Deutschland im weltpolitischen Maßstab die englische Stütze nicht entbehren kann. Darum ist die sonderbare Reise nach Romsey unternommen worden.

*

Die deutsch-französischen Unterhaltungen haben bisher zu neuen Ergebnissen nicht geführt. Aber der Pan-Europa-Kongreß in Wien hat den ideologischen Ueberbau für das deutsch-französische Unternehmergeschäft verschönert. Die Pan-Europa-Idee ist gerade das, was die Anhänger der deutsch-französischen überhaupt der kontinentalen Wirtschaftsgemeinschaft brauchen. Der Wiener Graf Coudenhove-Kalergi wäre sonst mit seiner Pan-Europa-Propaganda einsam und unbeachtet geblieben. Aber heute ist seine Theorie gerade das, was einflußreiche Kapitalistenkreise nötig haben. Darum wurde der Graf plötzlich ein großer Mann. Pan-Europa soll die Einigung der europäischen Länder ohne England und ohne Sowjet-Rußland bringen. Politische Verständigung, wirtschaftliche Einigung usw. Das ist gerade das Programm von Briand-Stresemann. Dementsprechend war auch der Besuch des Wiener Kongresses. Aus Deutschland kamen nicht nur Loebe und Wirth, sondern auch Vertreter der Deutschen Volkspartei, und der französische Gesandte in Oesterreich nahm auf Befehl Briands offiziell an der Tagung teil! Dann war noch ein weiterer Gast vorhanden; Herr Kerenski seligen Andenkens. Es ist charakteristisch, daß der Pan-Europa-Plan sich zwar gegen Sowjet-Rußland richtet, daß aber jenes Gespenst des alten 1917 verstorbenen Rußlands auf der Tribüne des Pan-Europa-Kongresses geduldet wurde. Die Arbeiterschaft wird den Kongreß nach der Anwesenheit Kerenskis und nicht nach den pazifistischen Festreden beurteilen.

*

Thoiry hatte eine Fernwirkung in der Tschechoslowakei. Die deutsch-französische Verständigung wurde durch den deutsch-tschechischen Ausgleich gekrönt. In der neuen tschechischen Regierung sitzen zwei deutsche Minister. Auch hier könnten die Pazifisten jubeln: die hundertjährige Feindschaft zwischen Deutschen und Tschechen, die bisher Böhmens Geschichte bestimmt, ist überwunden. Aber leider hat die Prager Verständigung denselben Charakter wie das Werk von Thoiry. Von Pazifismus und Idealismus ist in beiden Fällen nichts zu merken. Thoiry bedeutet, daß die Großunternehmer Deutschlands und Frankreichs auf Kosten des werktätigen Volkes zusammengehen wollen. Die Prager Verständigung hat den Sinn, daß innerhalb der Tschechoslowakei die Einheitsfront der Kapitalistenklasse hergestellt wird. Die deutsche so gut wie die tschechische Bourgeoisie in der Tschechoslowakei hatte bisher die Massen durch nationale Phrasen an sich gefesselt. Vor einigen Monaten hat der große Kampf um den Zoll-Tarif zum ersten Mal die klare Klassenfront gezeigt. Deutsche und tschechische Fabrikanten, deutsche und tschechische Agrarier hatten zusammen den Zollwucher durchgeführt. Die Arbeiterschaft beider Nationalitäten stand im Abwehrkampf. Inzwischen hat sich die internationale Einheitsfront der Bourgeoisie gefestigt. Es sind bei den Deutschen wie bei den Tschechen die bürgerlichen Mittelparteien, die sich zur Koalitionsregierung zusammenfinden. Abseits steht der Faschistenflügel der tschechischen Bourgeoisie und entsprechende Gruppierungen aus dem deutschen Lager. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei hat von Anfang an die internationale Einheitsfront des Proletariats innerhalb des tschechoslowakischen Staates vertreten. Die Entwicklung hat in jeder Hinsicht die kommunistische Auffassung bestätigt. Unsere tschechoslowakische Bruderpartei hat jetzt mehr denn je Gelegenheit, als Verfechterin des Gesamtproletariats gegen die tschechisch-deutsche Bourgeoisie aufzutreten.

*

Aus China werden weitere Erfolge der Kanton-Regierung gemeldet. Noch vor kurzer Zeit beschränkte sich die Macht der Kuo-Min-Tan-Regierung auf die Provinz Kwantung mit 30 Millionen Einwohnern. Heute erstreckt sich der Machtbereich der national-revolutionären Regierung auf mindestens 200 Millionen Chinesen. Der weiß-gardistische General Wu-Pei-Fu scheint nahezu erledigt. Nach der Eroberung von Wutschang beabsichtigt die Kanton-Regierung, ihren Sitz in das wirtschaftlich entscheidende Jangtse-Tal zu verlegen. Die Engländer bleiben abwartend. Ohne Zweifel wird in nächster Zeit die chinesische Revolutionsregierung ihre internationale Anerkennung verlangen. Es hängt zu einem erheblichen Teil von der europäischen Arbeiterschaft ab, daß diese Anerkennung schnell erfolgt und daß die Interventionspläne der Imperialisten gegen das revolutionäre China vereitelt werden.

Wie keine andere Zeitung

berichtet die kommunistische Presse über das Leben der Arbeiter, ihre Kämpfe und ihre Ziele